

aufstehen

DIE SAMMLUNGSBEWEGUNG

Aufstehen-Basis
AG "Demokratie & Lobbyismus"

==== Beiträge für den Online-Kongreß am 07.8.2021 ====

Inhaltsübersicht	Seite
A. Erosion der Demokratie durch gezielte MEINUNGSMACHE, Korruption und Volksverdummung ! – Eine Zusammenschau	2
B. Demokratie zwischen "Rechtsstaat" und "Unrechtsstaat" - auch aus den OST-deutschen Erfahrungen lernen !	7
C. Allgemeines über LOBBYISMUS, Wahlprogramm-Positionen, plus: → aktuelle Forderungen zur Bundestagswahl 2021 !	12
D. Potenziale des Themas Demokratie für Aufstehen – ein neues demokratie-schützendes LÖSUNGSKONZEPT in Anbetracht der Befunde aus den Beiträgen A., B. und C. sowie den neuen Gegebenheiten eines modernen Überwachungsstaates !	18

A. Erosion der Demokratie durch gezielte Meinungsmache, Korruption und Volksverdummung – Eine Zusammenschau

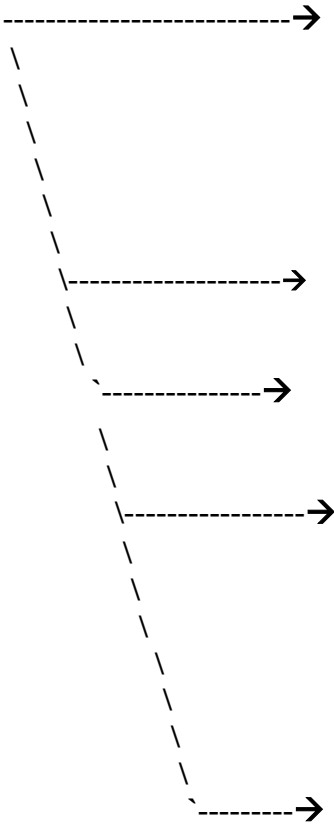
von Dr. Joachim Elz-Fianda: Mit diesem Thema beschäftige ich mich, seit ich in den 1970er Jahren das Buch „Wie eine Meinung in einem Kopf entsteht“ von **E.A.Rauter** gelesen habe. Noch heute aktuell, kurz und gut verständlich.

In den ersten Wochen des Jahres sind mir mehrere Videos begegnet, die sehr gut zusammenfassen, wie ich mittlerweile die Zusammenhänge sehe:

1. zum Thema Corona und Diktatur von Paul Schreyer: **Pandemie-Planspiele – Vorbereitung einer neuen Ära?** https://m.youtube.com/watch?v=SSnJhH0U_28&feature=youtu.be
2. **Markus Fiedler** beim Corona-Untersuchungsausschuss Nr.38 | #**Wikihausen** präsentiert: <https://www.wiki-tube.de/videos/watch/3ff8e060-8fa3-45fdb256-7e2e7450c0b4>
3. **Dr. Daniele Ganser:** Corona und China: Eine Diktatur als Vorbild? <https://www.youtube.com/watch?v=xcjMUVrsBVg>

Im folgenden versuche ich, die mehrdimensionalen Ergebnisse meiner Beobachtungen aus den letzten Jahren zusammenzufassen in der folgenden Tabelle (wird vervollständigt) :

Imperialistische Politik	Medien	Gesundheitssystem
<p>1945 Aufbau der Stay-Behind-Forces, z.B. Gladio in Westeuropa durch die USA zusammen mit Alt-Nazis, hier Organisation Gehlen, später BND</p> <p>1947 Gründung Mont Pèlerin Society (MPS)</p> <p>1951 Iran Sturz des Premier-ministers Mohammad Mossadegh</p> <p>1972 Rasterfahndung beim BKA</p> <p>1980 Bologna-Attentat in Italien m. Gladio; Oktoberfest-Attentat München mit fragl. Beteiligung des BND</p> <p>ab 1990 „electronic government“ - erste Pläne von NSA, Microsoft, Luftfahrt- u.a. internationalen Konzernen zum Aufbau einer Weltbürgerdatenbank</p> <p>1992 Aufbau eines neuen INPOL-Polizeidatenverbundes, zum Glück bis heute noch nicht fertig</p>	<p>1928 Edward Bernays: Propaganda</p> <p>1950 Gründung ARD</p> <p>1952 Gründung Atlantik-Brücke e. V.</p> <p>ab Herbst 1969 Aufbau des ARPA-Net durch US-Militär und Universitäten</p> <p>1981 (<i>FRAG-Urteil des BVG</i>) privater kommerzieller Rundfunk.</p> <p>Ab 1989, Entwicklung von HTML und WWW</p> <p>1990 Abschaltung des ARPA-Net, Übergang zum Internet</p> <p>ab 1990 Entwicklung von Konzepten zur psychologischen Kriegsführung</p> <p>Hollywood und US-Militär kommen sich näher. Virtual Reality und 3D-Technik werden ausgebaut</p> <p>Irakkrieg: US-Reporter werden in aktive Kriegshandlungen „embedded“</p> <p>30.4.1993 Freigabe des WWW für alle</p>	<p>1949 In der amerikanischen Besatzungszone (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen) übernehmen die Nazifunktionäre wieder die Lehrstühle der medizinischen Fakultäten und die Organisationen der niedergelassenen Ärzte</p> <p>In den 1980er Jahren betrieben große Software-Firmen die Entwicklung einer „intelligenten“ Bankenkarte, die dann nicht realisiert wurde wegen mangelnder Akzeptanz.</p> <p>1998 Ulla Schmidt wird Gesundheitsministerin. Die Softwarefirmen dienen dieser ihre Entwicklungsrüine als Gesundheitsüberwachungskarte an.</p> <p>1999 USA: National Symposium on Medical and Public Health Response to Bioterrorism</p>

Imperialistische Politik	Medien	Gesundheitssystem
<p>2001 „Netzwerk gegen Terror“</p> <p>ab 2002 EU-weite Erschwerung der Verwendung von Bargeld als Zahlungsmittel, internationale Abschaffung des Bankgeheimnisses</p> <p>4. Mai 2016 Abschaffung des 500€-Scheins</p> <p>Bill Gates engagiert sich über mehrere Stiftungen und Organisationen in der WHO und fördert die Entwicklung von mRNA-Impfstoffen, die wegen ihrer Langzeitrisiken der Zelltransformation und -deregulation eine lebenslange Gesundheitsüberwachung aller Geimpften nötig machen.</p> <p>2019 Aufbau einer grundgesetzwidrigen Bundesbürgerdatenbank unter Verwendung der Steuernummer (Norbert Haering)</p>	<p>2001 Gründung Wikipedia</p> <p>Feb.2003 Gründung facebook</p> <p>Mai 2003 LifeLog-Programm des Pentagon, wird 2004 eingestellt, die Ziele nach facebook verschoben</p> <p>ab 2012 in USA: Aufbau von Institutionen zur Abwehr von „Fake-News“ in Internetmedien, der angeblichen russischen und chinesischen Feindpropaganda,</p> <p>ca.2014 Übernahme der Antifa durch „antideutsche“ Israel- und USA-Militärfreunde</p> <p>seit ____ ständige Eingriffe in die Wikipedia</p> 	<p>Juni 2001 USA: mehrere “Übungen” zu Bioterrorismus, u.a. DARK WINTER – Kriegsrecht seit ca.2009 Gesundheitsüberwachungskarte, „freiwillig“ gegen die Entscheidung der Ärzte eingeführt.</p> <p>2009: Jacques Attali auf internationaler Konferenz: „Leuten Angst machen“</p> <p>2010 USA: „Lock Step“-Szenario finanziert durch Rockefeller-Stiftung</p> <p>Ab Okt. 2014 wird die Gesundheitsüberwachungskarte zur Pflicht, Kassenärzte werden dazu zwangsverpflichtet.</p> <p>2016 E-Health-Gesetz, Kassenärzte werden zum Anschluss ihrer EDV an einen Konnektor gezwungen, der die ärztliche Schweigepflicht abschafft, indem Behörden unkontrollierter Zugriff ermöglicht wird.</p> <p>2017 John McCain auf der Münchner SiKo zum Thema; Mai 2017 G20-Gesundheitsministerkonferenz zum Thema</p> <p>... Seitdem mehrere internationale Konferenzen mit Teilnahme der Bundesgesundheitsminister Gröhe, später Spahn sowie des Virologen Droste und Microsoft-Vertretern (s.Video Paul Schreyer), u.A.:</p> <p>2018 CLADEx Simulation mit Beteiligung v. US Army und CIA</p> <p>2019 Februar Pandemie-Planspiel der privaten NTI zur SiKo in München; Oktober: Bill Gates, World Economic Forum, WHO, Johns Hopkins U.: Katastrophenübung Event 201</p> <p>Crimson Contagion 2019 Functional Exercise unter Alex Azar</p> <p>Frankreich, Dezember 2019: „Health Data Hub“ als Teil der nationalen Gesundheits-KI-Strategie – mit MICROSOFT</p>

2020: Weltweite Verbreitung des Corona-Virus SARS-CoVid2

Imperialistische Politik	Medien	Gesundheitssystem
<p>März 2020: Entwurf aus dem Bundesinnenministerium einer Angstmach-Strategie mit entsprechenden Vorgaben und Sprachregelungen für die Leimmedien -----></p> <p>April 2020: Health Data Hub in Frankreich</p> <p>Mai 2020: <i>The Great Reset</i> – Initiative des WEF-Direktors Klaus Schwab und des britischen Thronfolgers Prince Charles mit den offiziellen Zielen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ausbau von „Global Governance“ = Verlagerung von politischer Macht weg vom Nationalstaat hin zu überstaatlichen Institutionen (UN, EU, IWF, WHO etc.); 2. Ausbau der „Kooperation“ zwischen Konzernen und Staaten = sog. „Public-Private-Cooperation“ (also offizielle Einmischung der Konzerne in die Gesetzgebung); 3. Vierte industrielle Revolution = vollständige Digitalisierung aller Lebensbereiche mit allem, was technisch möglich ist (Automatisierung, Drohnen, KI, Tracking, Digitale Identitäten, Gesichtserkennung etc.) 	<p>Übernahme der o.g. „Fake-News“-Institutionen in der Coronapandemie zur Meinungslenkung für die Interessen der Pharma- und EDV-Industrie</p> <p>_____ Gründung Netzwerk „Verschwörungstheorie“: Inoffizielles Netzwerk: Sebastian Bartuschek, Michael Butter, Pia Lamberty, Jan Rathje: Planspiele für Schulunterricht</p> <p>2016-2020 COMPACT-Netzwerk der EU: Comparative Analysis of Conspiracy Theories in Europe https://conspiracy-theories.eu</p> <p>Peter Knight, M.Butter, Hulda Thórisdóttir, J.Rathje, Jan-Willem van Prooijen, Roland Imhoff, P.Lamberty, Michal Bielewic, mit EU-Steuergeldern über https://www.cost.dlr.de/ finanziert</p> <p>WDR: Quarks&Co lässt ausschliesslich diese Experten in einer Folge über Verschwörungstheorien auftreten – durch GEZ u. Steuergelder Verbotene staatliche Beeinflussung der Meinungsbildung, u.a. auch der Amadeo-Antonio-Stiftung: Meinungsabweichler werden als rechtsradikal diskreditiert</p> <p>RBB diffamiert meinungsabweichende Rechtsanwältin</p>	<p>Deutschland, 2020: Beginn der Einführung der elektronischen Patientenakte; Freigabe von gesammelten Gesundheitsdaten zu „Wissenschaftlichen Zwecken“ auch an die Industrie ohne Einwilligung</p> <p>November: Emer Cooke wird Chefin der Europäischen Arzneimittelagentur, die für die Zulassung von Impfstoffen verantwortlich ist. Zuvor war sie bei der European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations, (EFPIA) Is Lobbyistin für Pfizer und AstraZeneca tätig.</p>

2021: Die Meinungsmache eskaliert weiter

Imperialistische Politik	Medien	Gesundheitssystem
<p>USA: Aufbau einer Institution zur automatisierten Auffindung und Kennzeichnung von „Fake-News“ in allen westlichen Medien</p> <p>Juni: Der Rüstungskonzern THALES fordert seine Kunden auf, die Pandemie als Gelegenheit zu begreifen, eine <u>Plattform für eine ambitioniertere Digitalisierung ihrer Identitäts- und Gesundheitsnachweise</u> zu schaffen</p>	<p>Facebook, Google, youtube sperren ohne Begründung zunehmend mehr Videos, die abweichende Meinungen, Fakten oder Belege zum Ausdruck bringen</p> <p>„--<“ ←-----</p> <p>Die Landesmedienanstalten werden zu Zensur-Institutionen umgewandelt KenFM und andere Kanäle werden vom Verfassungsschutz beobachtet, weil sie die Verfassungsbrüche staatlicher Organe dokumentieren und veröffentlichen</p> <p>August: Die mediale Hetze gegen Impfskeptiker eskaliert, Ungeimpfte werden zunehmend vom Sozialleben ausgeschlossen</p>	<p>8. März: IBM erhält Zuschlag für digitalen Impfnachweis</p> <p>Mai: Einführung eines europaweiten digitalen Impfnachweises</p> <p>Juli: Die vom EU-Parlament angeschobene E-Evidence-Verordnung ermöglicht EU-Ermittlern demnächst, grenzübergreifend digitale Beweise zu sichern und Informationen anzufordern, auch aus Patientenakten. Selbst BÄK-Präsident Montgomery protestiert dagegen: Komme die Verordnung in der jetzigen Form, müsste die Ärzteschaft in Deutschland sich aus Digitalisierungsprojekten verabschieden. „Die elektronische Patientenakte zum Beispiel würde dann erst einmal auf Eis liegen“</p>

Weitere und allgemeine Informationen hier:

<https://josopon.wordpress.com/>

<https://norberthaering.de/die-regenten-der-welt/lifelog/>

<https://medium.com/insurge-intelligence/how-the-cia-made-google-e836451a959e>

<https://police-it.net/>

<https://www.cilip.de/2003/12/29/inpol-neu-informatisierung-des-polizeilichen-alltags/>

<https://wikihausen.de/2020/06/09/michael-butter-im-netzwerk-der-dummschwaetzer-eine-verschwoerungstheorie-wikihausen-im-interview/>

<https://www.bmbf.de/de/verschwoerungstheorien-auf-der-spur-12999.html>

<https://www.aend.de/article/207694> zum **Health Data Hub** in Frankreich

<https://www.unsere-grundrechte.de/kurzer-ueberblick-ueber-die-8-hauptziele-des-great-reset/><https://multipolar-magazin.de/artikel/wie-der-lockdown-nach-deutschland-kam>

<https://www.deutschlandfunk.de/geplante-eu-verordnung-aerzte-befuerchten-unkontrollierten.684.de.html>

Zur **EMA**: <https://tapnewswire.com/2021/04/european-medicines-agency-essentially-a-lobbying-outfit-for-big-pharma/>

Zu **Thales**: <https://norberthaering.de/die-regenten-der-welt/thales/>
WIRD FORTGESETZT VERVOLLSTÄNDIGT

Kurzfassung:

Es wird aufgezeigt, wie die Verflechtungen von Geheimdiensten, Internet- und Pharmakonzernen zunehmend zu einer vereinheitlichten Front führen, der gegenüber der einzelne Staatsbürger zunehmend zum wehrlosen Objekt verkommt.

Forderungen:

Um weitere Volksverdummung einzudämmen, muss im Medienbetrieb mehr **Transparenz** durchgesetzt werden. Medienkonzerne müssen ihre Verflechtungen offen legen, Rundfunkräte ebenso.

De öffentlich-rechtlichen Anstalten müssen **mehr Sendezeit für Bürgerbewegungen und Basisaktivitäten** zur Verfügung stellen, nicht nur in den Regionalkanälen.

Für die Schulen muss wieder **die kritische Textanalyse** in die Lehrpläne für Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde aufgenommen werden, wie es in den 1970er Jahren in Gymnasien üblich war. Ebenso gehört **Aufklärung über Medien und die Funktionsweise von Werbung und Propaganda** in die Lehrpläne.

Die Umfunktionierung der **Landesmedienanstalten** zu Zensurorganisationen muss wieder rückgängig gemacht werden. Die entsprechenden Gesetze und Verordnungen sind wieder zurückzunehmen.

Öffentlichkeitsfern arbeitende Zusammenschlüsse wie z.B. das **COMPACT-Netzwerk**, die sich als Faktenchecker ausgeben, dürfen nicht aus Steuergeldern finanziert werden.

Unser Angebot:

Die o.a. Forderungen durch **Veröffentlichung skandalträchtiger Vetternwirtschaft mit Nennung der Beteiligten** begründen und für entsprechende Empörung sorgen.

B. Demokratie zwischen "Rechtsstaat" und "Unrechtsstaat"

*Wer die Demokratiebereitschaft der Menschen erhöhen will,
muss bereit sein, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern.*

1. Demokratie und Erfahrung

Der jährliche Bericht zum Ost-West-Vergleich besagt auch in diesem Jahr: Ein Teil der Ostdeutschen ist für die Demokratie verloren und die meisten stehen der Politik insgesamt skeptischer gegenüber, als ihre westdeutschen Landsleute. Das ist ein Symptom-, aber keine Ursachenbeschreibung. Die DDR, die das Wort "demokratisch" ins Zentrum ihres Staatsnamens gerückt hatte, weckte damit Hoffnungen, die in vielerlei Hinsicht enttäuscht wurden. Ihr Demokratiebegriff war nicht nur an den Begriff Zentralismus gekoppelt, was ein Widerspruch in sich ist, sondern wurde meistens auch als Demokratiespiel im Als-ob-Modus erlebt: Man durfte ein bisschen mitspielen, solange man den staatlich verordneten Mainstream nicht verließ, oder man spielte pro forma mit, um in aller Unauffälligkeit die eigenen Ziele verfolgen zu können. Egal ob Anhänger, Mitläufer oder Spießler, die wirklich wichtigen Häuptlinge waren andere und sie entfernten sich immer weiter vom Willen der Bevölkerung.

'Das ist doch heute nicht anders', hört man viele ältere Ostdeutsche sagen und damit Parallelen zur westlichen Demokratiepraxis ziehen. Man kann ihnen nicht verdenken, dass sie auf dieses Déjà-vu mit Misstrauen, Abwehr und dem Gefühl reagieren, auch diesmal verladen zu werden. Aber wie groß sind die Ähnlichkeiten wirklich?

2. Demokratie und Recht

Üblicherweise werden die beiden deutschen Staaten mithilfe der Begriffe "Rechtsstaat" = BRD und "Unrechtsstaat" = DDR unterschieden, die gegenübergestellt werden wie weiß und schwarz, gut und böse, frei und gefangen. Die Definitionsmacht darüber, was genau denn weiß, gut und frei sei und was das Gegenteil davon, wird bis heute vom Westen beansprucht. Die Definitionsmacht ist nun allerdings keine rein ideelle Größe, die man durch geschickte Überzeugungsarbeit etablieren könnte. Wie jede Art von Macht basiert sie auf handfesten materiellen Tatsachen. Wer zahlt, schafft an, weiß schon der Volksmund. Die herrschende Sicht der Dinge ist nicht zu trennen von der Frage, in wessen Händen sich der Reichtum konzentriert, wie das Eigentum verteilt ist, wo sich die Schaltzentralen der Macht befinden und wer da an den Hebeln sitzt. Solange die Antworten überwiegend auf den Westen Deutschlands verweisen, wird man es schwer haben, die behauptete Rechtmäßigkeit der dortigen Sichtweise in Zweifel zu ziehen. Versuchen muss man es trotzdem: Gesah denn in dem "Unrechtsstaat" DDR ausnahmslos Unrecht? Und triumphierte im "Rechtsstaat" BRD ausnahmslos das Recht, ohne Ansehen der Person?

Die Rigorosität, mit der nach der Wende die DDR-Elite kalt gestellt und durch Personal aus der BRD ersetzt wurde, hat das Gerechtigkeitsempfinden vieler Ostdeutscher verletzt. Der Eliteaustausch verlief im Osten nach dem Rasenmäher-Prinzip und verhalf im Westen auch Leuten aus der zweiten und dritten Reihe zu Karrieren, die sie sonst nie im Leben gemacht hätten. Zweifel an der fachlichen und moralischen Eignung von Menschen in Führungspositionen wurden damals nur auf die "Kader" aus dem Osten bezogen. Aber hätte man nicht die Rekrutierung der Elite in beiden Deutschlands unter die Lupe nehmen sollen? Während die DDR unverblümt den "festen Klassenstandpunkt" zu einem Hauptkriterium der Bestenauswahl erklärte, war in der BRD unausgesprochen die soziale Herkunft mit ihrem Beziehungsgeflecht entscheidend. Beide Modi sind einseitig, aber während man den Klassenstandpunkt heucheln konnte, war und ist die soziale Herkunft eine kaum zu umgehende Hürde (wie Corona überdeutlich gezeigt hat).

3. Demokratie und Freiheit

BRD und DDR hatten eine sehr unterschiedliche Auffassung von Demokratie.

Allgemein werden damit heute Herrschaftsformen, politische Ordnungen oder politische Systeme beschrieben, in denen Macht und Regierung vom "Volk" ausgehen. (Genau genommen war in vergangenen Zeiten mit "Volk" eine Minderheit gemeint, denn weder die Sklaven noch die Frauen wurden mitgezählt.)

Die heutige offizielle Lesart zum Thema Demokratie in der DDR lautet: Der Begriff sei ein dreister Etikettenschwindel gewesen, denn es habe sich um eine reine Parteidiktatur gehandelt.

Dagegen besagte die offizielle Lehrmeinung der DDR: Mit der Diktatur des Proletariats sei erstmals eine Diktatur der Mehrheit über die anderen Klassen und Schichten realisiert worden; der Arbeiter- und Bauernstaat habe seine besten Köpfe in eine Einheitspartei entsandt, die im Namen des Volkes als Führungselite fungierte. Es gehe also um eine demokratisch legitimierte und zentral gesteuerte Machtausübung.

Während die zentrale Steuerung funktionierte, krankte die praktische Entfaltung der Demokratie zunehmend an strukturellen, ideologischen und personellen Schwachstellen, die eine echte demokratische Teilhabe der Mehrheit an der Macht verhinderten. Andererseits aber wurde die Überzeugung der zur Diktatur berufenen Klasse – „Ich bin Arbeiter, wer ist mehr!“ – bis zu einem gewissen Grad Teil der Mentalität der arbeitenden Bevölkerung. Mit anderen Worten: Die Werktätigen haben sich zumindest am Arbeitsplatz mehr herausnehmen können als im Westen.

Hier ein Beispiel (weitere gern in der Diskussion): Wer eine Neubauwohnung bezog, wurde üblicherweise in die kollektive Endreinigung des Objektes einbezogen. Zum Schluss durfte man eine Mängelliste an die Wohnungstür heften. Meine Liste umfasste immerhin 8 Punkte. Einer der Handwerker hatte mit dickem Rotstift drunter geschrieben: "Perserteppich und Farbfernseher werden nachgeliefert." Er fühlte sich völlig im Recht.

Tatsächlich war nach der Wende eines der ersten Aha-Erlebnisse der Menschen in den Produktionsbetrieben, dass sie jetzt auf der Arbeit maximal zu kuscheln hatten (sofern ihr Arbeitsplatz nicht ohnehin gleich abgewickelt worden war). Eine andere elementare Erfahrung war, dass man jetzt zwar alles sagen durfte, das meiste aber gänzlich folgenlos blieb. In der DDR brachte die Ankündigung, sich "ganz oben" beschweren zu wollen, manchmal die gesamte Partei- und Staatsführung in Verlegenheit und Zugzwang, besonders wenn die Beschwerde als kollektiv verfasster Brief daherkam und seriös auf konkrete Versprechungen der Partei Bezug nahm. Da war dann selbst die Stasi machtlos. Zum Beispiel bewirkten Massenproteste, dass die DDR-Kreation "Kaffee-Mix" sang- und klanglos vom Markt genommen werden musste. "Kaffee-Mix", spöttisch als "Erichs Krönung" bezeichnet, war eine Fifty-fifty-Mischung aus Bohnenkaffee und heimischem Muckefuck, um Devisen zu sparen.

Manches, was die Regierung für nützlich und notwendig befunden hatte, wurde diesem Ruf aber tatsächlich gerecht und die Bevölkerung sah die damit verbundenen Freiheiten bald als selbstverständlich an: den Anspruch auf eine bezahlbare Wohnung, die ärztliche Versorgung in einer Poliklinik, die Bereitstellung eines Krippen-, Kindergarten- und Hortplatzes für jedes Kind, die Gemeinschaftsschule. Der Zusammenhang zwischen diesen Selbstverständlichkeiten und z.B. der durchschnittlich höheren Kinderzahl pro Frau liegt auf der Hand - wobei diese Kinder garantiert gewollt waren, denn Schwangerschaftsabbrüche waren, anders als in der BRD, ohne jede Kriminalisierung möglich.

Es liegt mir fern, diese Beispiele als Ausdruck besonderer Freiheit überzubewerten. Als Beispiele für typische Unfreiheiten können sie aber auch nicht herhalten. Tatsache ist, dass bei der Fremdbewertung des DDR-Alltags nach wie vor die Zwischentöne zu wenig beachtet werden.

4. Demokratie und ihre Profiteure

Nach der Wende bewahrheitete sich alsbald Großmutterns Satz: "**Schaum schwimmt überall oben.**" Es dauerte nämlich nicht lange, bis sich die geborenen Zuträger und Anschwärzer aus beiden Deutschlands als ihresgleichen erkannten und verbrüderten. Ich vereinfache und übertreibe hier mal um der Verdeutlichung willen: Wer spitzeln und petzen konnte, hatte meist auch keine Skrupel, sich jetzt im Mobben zu versuchen. Und wer im Westen die Vorteile der „Spezialwirtschaft“ genossen hatte, empörte sich höchstens pro forma über die Seilschaften aus dem Osten. Es sei denn, er/sie gehörte zu den Scheinheiligen, die sich wie der biblische Pharisäer in der Attitüde gefielen: "Ich danke dir, Gott, dass ich nicht bin wie die anderen Menschen ..."

Wer, wie ich, seit 1990 gesamtdeutsche Ehrenämter innehatte, die einen intensiven Kontakt mit Kolleginnen und Kollegen auch aus dem Westen schnell zur Normalität werden ließen, hatte früh Gelegenheit, die Anpassungsrituale der Ostdeutschen mit denen der Westdeutschen zu vergleichen, einschließlich solcher Eigenschaften wie Mut, Selbstbehauptung, Kompromissbereitschaft, aber ebenso Opportunismus und Unterwürfigkeit - mit dem Ergebnis: Die Unterschiede sind geringer als vermutet. Die Bereitschaft zu demokratischen Denk- und Handlungsmustern hält sich hüben wie drüben in Grenzen und das Fehlen einer solchen Bereitschaft wird als eher förderlich für die individuelle Karriere erlebt.

5. Demokratie und Mentalität

Vieles spricht dafür, von einer typisch deutschen Mentalität zu sprechen, der auch die beiden unterschiedlichen Gesellschaftssysteme nicht viel anhaben konnten und der die Demokratiefähigkeit erst abgetrotzt werden muss. Wobei die Lernwege für Ostdeutsche wohl doch etwas länger und steiniger sind.

Ist Demokratiefähigkeit also auch eine Frage der Mentalität? Dieser schillernde Begriff wird in der Gegenwart wieder stärker frequentiert und rückt Parameter wie Herkunft, Geschichte, geografische Bedingungen, Sprache, Produktionsweise, Religion/ Weltanschauung, Rolle der Arbeit, Bildung und Kunst, Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, Verhältnis von Individuum und Gesellschaft sowie Habitus in den Vordergrund.

Mentalität wird meistens zuerst über Klischees kommuniziert, die wohl für jedes Land existieren. Die Deutschen seien leistungs- und wettbewerbsorientiert, diszipliniert, pünktlich, regelfixiert, heißt es. Sie gelten als staatshörige Untertanen und als ziemlich humorlos. Im Ausland sind Wörter wie 'German Angst', 'Gemütlichkeit', 'deutsche Innerlichkeit' und 'Weltschmerz' zu stehenden Begriffen geworden, quasi unübersetzbar. (Quellenangaben siehe Überblicksdarstellung)

Ohne auf diese Impulse im Einzelnen eingehen zu können, sei doch festgehalten, dass 40 Jahre getrennte Geschichte nicht ausgereicht haben, um zwischen Ost und West große Mentalitätsunterschiede entstehen zu lassen. Umso bemerkenswerter sind die kleinen. Sie drücken sich zum Beispiel darin aus, dass ein Mensch im Westen eher über seinen Besitz definiert wird und im Osten eher über seine Fähigkeit, Situationen pragmatisch zu meistern. "Haste was, biste was", sagt der Wessi. "Kannste was, biste was", kontert der gelernte Ossi.

Was ist dran an der Behauptung, im Westen seien die sogenannten "traditionell-christlichen Werte" besser verankert, denn der "verordnete Atheismus" der DDR habe die Menschen dort zu einem profanen Materialismus ohne klaren Wertekanon erzogen?

Das ist, mit Verlaub, Bullshit. Abgesehen davon, dass diese Werte mehrheitlich viel älter sind als das Christentum, gibt es kein einziges Indiz dafür, dass der Glaube an eine überirdische Macht die besseren Menschen hervorbringt. Verschiedene Studien ermitteln regelmäßig die Rangfolge ethisch-moralischer Werte, auf die die Bundesbürger (zunächst getrennt nach Ost und West) am meisten Wert legen. 2008 standen im Osten auf den Plätzen 1-4 Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Gerechtigkeit und Solidarität, im Westen Freiheit, Erfolg, Sicherheit und Ehrlichkeit. Eher als im Westen vertiefte sich im Osten der Trend, Lebenssinn auf einen individuell definierten Sinnhorizont zu beziehen, der vor allem ein erquickliches Zusammenleben in der Familie und im Freundeskreis beinhaltet. (Quellenangabe siehe Überblicksdarstellung)

Apropos **Solidarität**: Sie kommt im Westen viel häufiger in der Form von **Sponsoring** und **Charity** vor. Der Unterschied: Solidarität setzt Augenhöhe voraus, während Sponsoren und Mäzene auf der Basis hierarchischer Verhältnisse agieren, in denen sie das Sagen haben. Gerade in diesen Tagen wird die "überwältigende Solidarität" der Deutschen für die Opfer der Flutkatastrophe in Süddeutschland gefeiert. Harte Frage: Geht es um Solidarität oder um Ablasshandel, sprich: um die Illusion, sich von den eigenen Umweltsünden freikaufen zu können, indem man die Folgen seiner Sünden, die diesmal andere trafen, mit Geld aufwiegt.

In einem weiteren Bereich hat sich Mentalität unterschiedlich entfaltet: Es geht um die Rolle der Frau in der Gesellschaft. Nach wie vor definieren sich viele Ostfrauen über ihren in Vollzeit ausgeübten Beruf, ohne auf Kind(er) und Mann zu verzichten. Sie agieren im Bereich von Partnerschaft und Sexualität selbstbestimmter und weniger verklemmt. Sie lassen sich nicht so leicht unterbuttern. Sie halten die Feindschaft zu Männern für unproduktiv und bauschen das Gendersternchen nicht zu ihrem Lebensinhalt auf.

6. Demokratie und psychosoziale Disposition

Seit einigen Jahren wird der Demokratiebegriff nicht nur als Gegenstand politikwissenschaftlicher, historischer und philosophischer Betrachtungen unter die Lupe genommen, sondern auch soziologisch und sozialpsychologisch durchleuchtet. Offenbar gibt es eine Begabung zur Demokratie, wie es eine musische oder mathematische Begabung, eine Sprach- oder Fußballbegabung gibt. Darüber hinaus fördern oder erschweren charakterliche, psychische und soziale Faktoren die Demokratiebereitschaft. Zu fragen ist, in welchen sozialen Milieus, welchem gesellschaftlichen Klima Eigenschaften wie die folgenden gefragt sind: die Bereitschaft, andere Meinungen gelassen anzuhören, Erkenntnisse als vorläufig zu betrachten, scheinbar dauerhafte Wahrheiten zu relativieren. Wo würdigt man die Fähigkeit zur Kompromissbildung und zum Perspektivenwechsel sowie eine weitgehende Vorurteilsfreiheit? Unter welchen Bedingungen gedeiht die Fähigkeit, uneigennützig und uneitel zu agieren? Der aggressive, auf Wettbewerb und falsch verstandenes Wachstum getrimmte Neoliberalismus jedenfalls fördert viele dieser Eigenschaften nicht, im Gegenteil. Im Bild von der "allseits gebildeten sozialistischen Persönlichkeit" hatten einige dieser Charakterzüge allerdings auch keinen Platz. Natürlich kann man sie bis zu einem gewissen Grade trotzdem institutionell wie auch im Familien- und Freundeskreis pflegen und entwickeln, aber letztlich reicht die schönste Disposition nicht aus, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht Demokratie-affin sind.

7. Demokratie und ihre Erosion im entfesselten Kapitalismus

Und das sind sie nicht! Seit längerer Zeit erodiert die Demokratie, indem wichtige Entscheidungen in Kreisen getroffen werden, die sich längst an keine demokratischen Spielregeln mehr halten. Konzernchefs, Bankdirektoren, Versicherungsunternehmer, Lobbyisten - sie alle spielen nach ihren eigenen Regeln, entmachten damit die gewählten Volksvertreter und schwächen sowohl die Exekutive als auch die Legislative und Judikative bzw. vermischen deren Befugnisse. Welche Folgen es hat, wenn die Gewaltenteilung nicht funktioniert bzw. kein entsprechendes Prinzip existiert, dafür hat die DDR viele unrühmliche Beispiele geliefert. Gegenwärtig werden - mit anderen ideologischen Vorzeichen und einer unvergleichlich größeren finanziellen Macht - die Demokratie und ihre gutwilligen, um Wahrhaftigkeit bemühten Anhänger lächerlich gemacht. Dem setzen wir unsere Forderungen entgegen:

Der Erfahrungsvorsprung, den die Ostdeutschen der mittleren und älteren Generation durch ihr Leben in zwei Gesellschaftssystemen haben, ist bislang nur unzureichend kommuniziert worden. Noch lässt sich das ändern.

Wir fordern die Umgestaltung unseres Systems hin zu einer echten Demokratie: mehr direkte Mitbestimmung, Förderung basisdemokratischer Aktivitäten, transparente Willensbildungsprozesse, weniger Ungleichmacherei per Lohntüte, Gleichbehandlung bei Sanktionen.

Wir fordern, dass sich die Zusammensetzung der Führungselite an der Stärke der sozialen Klassen bzw. Gruppen orientiert. Dazu soll ein demokratischer Kontrollmechanismus Schritt für Schritt eingeführt werden.

Mentalität und psychosoziale Disposition sind als vorwiegend ideelle Phänomene einem langsamen Wandel zugänglich. Mehr Mut zum eigenen Urteil, weniger Untertanengeist! Altruismus statt Egoismus! Gemeinschaftssinn statt Individualismus!

Uta Sändig Juni/Juli 2021

relevante Quellen:

Hans-Dieter Gelfert 2005: *Was ist deutsch? Wie die Deutschen wurden, was sie sind* (Beck'sche Reihe) ISBN-13978-3406528316

Wie sich die Werte der Deutschen verändert haben.

<https://www.welt.de/finanzen/article170819349/Wie-sich-die-Werte-der-Deutschen-veraendert-haben.html>

Götz Eisenberg 2018: *Zwischen Anarchismus und Populismus: Zur Sozialpsychologie des entfesselten Kapitalismus*, Band 3, ISBN: 9783981819533, <https://www.amazon.de>Zwischen-Anarchismus-Populismus>

C. Allgemeines über Lobbyismus - und aktuelle Forderungen

Legitimer Lobbyismus

Die Interessengruppen versuchen ihre Anliegen und Wünsche Politikern nahe zu bringen, diesen zu informieren oder auf Zusammenhänge hinzuweisen. Dieses ist generell legitim und nicht unmoralisch, sondern Bestandteil jeder Demokratie. Teilweise wird dieses auch durch Grundrechte, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Demonstrationsrecht, das Recht z.B. Gewerkschaften zu gründen, das Petitionsrecht und weitere Gesetze, ausdrücklich geschützt. Die Öffentlichkeit versuchen durch z.B. Werbung oder Artikel zu beeinflussen, ist ebenfalls ein normaler Vorgang. Auch das Politiker selbst bei Interessengruppen nachfragen, um sich über Inhalte und Zusammenhänge zu Informieren und anschließend ihre Entscheidung abzuwägen, ist eigentlich auch nicht zu beanstanden.

Lobbyismus ist aber zum einen der Versuch von Interessengruppen, vor allem durch persönliche Kontakte, Politiker zu beeinflussen. Zum anderen wird durch Massenmedien versucht die Meinung der Öffentlichkeit zu beeinflussen. Der Lobbyismus hat mittlerweile Züge angenommen, die die Demokratie und die politischen Entscheidungen in Bedrängnis bringen, wenn nicht sogar beide aushebeln.

Was bezweckt Lobbyismus?

Neben den erwähnten legitimen Zielen, also z.B. Politiker auf mögliche Probleme hinzuweisen, wären dieses:

- **Direkte wirtschaftliche bzw. finanzielle Vorteile.** Als Beispiele wären hier zu nennen Privatisierungen, die Treuhandanstalt, Maut, Staatshilfen bei Corona, Bauvorhaben usw.
- **Indirekte Vorteile.** Also z.B. Umweltauflagen, Verbraucherschutz usw.
- **Längerfristige Vorteile.** Es wird versucht ein günstiges Klima für bestimmte Wirtschaftszweige zu erzielen. Als Beispiel sei hier die Automobilindustrie in Zusammenhang mit der Flächennutzung genannt.
- **Längerfristige versteckte Strategien.** Diese sind häufig nicht so direkt zu erkennen. Als Beispiele seien hier genannt Förderung von Instituten, Denkfabriken, wissenschaftlicher Studien usw., oder die Unterstützung von Schulen mit fragwürdigem Lehrmaterial oder bestimmten Produkten. Ein weiterer Punkt ist der Versuch durch Medien eine bestimmte Stimmung, Meinung oder Gefühl in der Bevölkerung zu erzeugen Diese Vorgänge werden auch als „Deep Lobbying“ bezeichnet.

Natürlich ist es bei all diesen Formen gegebenenfalls auch ein Ziel mögliche gegenläufige Interessen anderer Lobbyisten oder Gruppierungen zu unterbinden.

Wie wird Einfluss genommen?

Es werden bei öffentlichen Anhörungen Interessenvertreter eingeladen.

Die Abgeordneten bitten um Informationen bzw. eine Stellungnahme. Sollte sich eine Gesetzgebung abzeichnen, werden die Abgeordneten bereits im Vorfeld unterrichtet. Bei weitreichenderen Angelegenheiten sind Treffen von Lobbyisten und Staatssekretären, Ministern bis hin zum Bundeskanzler nicht unüblich. Ziel ist es hier meistens entsprechende Gesetzesvorlagen entsprechend zu beeinflussen oder auch ganz zu verhindern.

Funktionäre oder Aufsichtsräte sitzen teilweise im Parlament oder in Ausschüssen, oder Abgeordnete haben Nebentätigkeiten in entsprechenden Unternehmen. Teilweise betrifft das auch nicht den Abgeordneten selbst, sondern z.B. die direkte Verwandtschaft.

Es kommt bei Abgeordneten auch vor, dass ihnen entsprechende Jobs nach oder während ihrer Amtszeit angeboten werden. Des Weiteren können Lobbyisten entsprechende „Experten“ anbieten, oder es wird versucht entsprechende Personen in der Politik, z.B. als Staatssekretäre o.Ä. zu platzieren.

Durch Einladungen zu Informationsveranstaltungen, Vorträgen etc. aber auch zu einem Mittagessen, werden Kontakte geknüpft und gepflegt.

Durch z.B. Parteispenden und andere Zuwendungen wird auch eine entsprechende Akzeptanz erzeugt.

Entweder die Firmen haben direkte Lobbyisten oder dieses erfolgt über Lobby-Agenturen, Beraterfirmen, Stiftungen oder Anwaltskanzleien.

Auch Anfragen durch Oppositionsparteien können teilweise durch Lobbyismus begründet sein.

Wie bereits im vorherigen Punkt erwähnt richtet sich Lobbyismus nicht unbedingt nur an Abgeordnete und Parteien. Es wird durch entsprechende Maßnahmen auch versucht eine entsprechende Stimmung, Meinung oder Gefühl in der Bevölkerung zu erzeugen. Dieses geschieht er langwierig, ist nicht direkt Themenbezogen und häufig sehr versteckt. Aktuell wäre hier als Beispiel das sogenannte „Greenwashing“ zu nennen, also ein Unternehmen besonders verantwortungsbewusst und umweltfreundlich darzustellen, obwohl es dieses eigentlich nicht ist. Ein anderer Punkt wäre z.B. „Mehr Mut zum Markt“ und ähnliche Kampagnen, die letztendlich auch die Wahlentscheidung beeinflussen wollen.

Laut **Lobby Control** gibt es ca. 5000 Lobbyisten in Berlin, allein die öffentliche Liste von registrierten Verbänden umfasst zzt. 2235 Einträge.

Das EU-Transparenz-Register enthält zzt. 12809 registrierte Organisationen.

Warum sind Abgeordnete für Lobbyismus empfänglich?

Es gehört grundsätzlich zu den Aufgaben von Abgeordneten sich möglichst allumfassend zu informieren und bei Entscheidungen verschiedene Interessen abzuwägen. Sollten die entsprechenden Ministerien nicht über entsprechende, unabhängige, Experten, verfügen, ist also eine externe Informationsbeschaffung also durchaus notwendig, Aufgrund von Zeitmangel sollte dieses dabei möglichst komprimiert sein. Das Problem ist hierbei natürlich, dass diese Informationen häufig eben nicht allumfassend sind. Gegenteilige Meinungen liegen häufig nicht vor, es gibt keine gegenteiligen Interessengruppen oder die entsprechende Lobby ist eher schwach.

Besonders gefährlich sind hier aber auch finanzielle Angebote. Ganz direkte Korruption findet dabei aber i.d.R. nicht statt. Zu nennen wären hier aber Parteispenden, Nebentätigkeiten, Tätigkeiten vor oder nach der Abgeordnetenlaufbahn, gut bezahlte Vorträge usw.

Gefahren durch Lobbyismus

Dass Lobbyismus häufig zu einseitigen Gesetzen führt, dass gegenteilige Meinungen unterdrückt werden und dass Steuergelder in die Privatwirtschaft fließen, ist offensichtlich.

Etwas gefährlicher ist es aber, wenn durch Lobbyismus eine gewisse Grundstimmung in den Parlamenten und auch der Öffentlichkeit erzeugt und verfestigt wird. Da dieses ein langfristiger Prozess ist und dabei; wie der Frosch im Wasser dessen Temperatur man ganz langsam erhöht; nicht mehr direkt wahrgenommen wird. Auf der anderen Seite ist es aber so, dass eher langwierige gegenläufige Interessen kaum Gehör finden, wie z.B. die Klimakrise zeigt, obwohl entsprechende Studien schon seit mehreren Jahrzehnten vorliegen. Auch soziale Belange sind hier zu nennen.

Es ist ebenfalls nicht von der Hand zu weisen, dass dadurch eine gewisse Politikverdrossenheit erzeugt wird. Lobbyismus richtet sich auch teilweise gegen Verbraucher- oder allgemeiner gegen Bevölkerungsinteressen.

Rechtliches

Direkte Abgeordnetenbestechung ist eine Straftat; es gibt eine Regelung zur Karenzzeit, d.h. Regierungsmitglieder haben eine Beschäftigung anzuzeigen und wenn es da zu Interessenkonflikten kommt, ist eine Sperre von bis zu 18 Monaten möglich; es gibt Regelungen zu Parteispenden u.Ä., der Bundestagspräsident führt eine Liste von Interessenverbänden, wo Einträge aber freiwillig sind und z.B. Stiftungen oder Einzelpersonen nicht aufgeführt werden; Nebeneinkünfte müssen dem Bundestagspräsidium gemeldet werden und es gibt Regelungen bezüglich externer Mitarbeitern in Ministerien; man muss aber insgesamt feststellen, dass dabei einiges auf Freiwilligkeit beruht, es einige Schlupflöcher gibt und wenn Unregelmäßigkeiten festgestellt werden, diesen nicht unbedingt ausreichend geahndet werden.

Auf EU-Ebene sind die Regulierungen von Lobbyarbeit zwar wesentlich weiter vorangeschritten als in Deutschland. Dort gibt es aber ebenfalls erhebliche Lücken und einiges erfolgt auch dort freiwillig.

Wahlprogramme

Die Aussagen zum Thema Lobbyismus sind teilweise etwas vage und stehen nicht im Regierungs- bzw. Wahlprogramm. Es wurde sich auf die Fraktionen, die im Bundestag vertreten sind, beschränkt.

– AfD

Im Wahlprogramm gibt es zwar den Punkt „Lobbyismus eindämmen“ wo es um Nebentätigkeiten und einem Lobbyisten-Gesetz geht. Konkretes steht dort aber nicht.

– CDU

Es gibt nur einen Verhaltenskodex, wo es u.A. heißt, dass Nebentätigkeiten oder z.B. Aktienbeteiligungen offen zu legen sind und dass Regierungsmitglieder oder Mandatsträger keine Geldspenden annehmen dürfen.

– FDP

Hier ist im Wahlprogramm ebenfalls nichts zu finden. Es gibt auf der Webseite zum Thema Demokratie nur einen Punkt wo es um Desinformationen und Manipulation in Medien geht.

– Grüne

Das gesetzliche Lobbyregister soll verschärft und die Karenzzeit verlängert werden. Regelungen zu Nebeneinkünften und Parteispenden sollen ebenfalls verschärft werden. Es wird mehr Transparenz gefordert.

– Linke

Hier sind die Forderungen sehr konkret. Es ist dort u.A. die Rede von einem verbindlichen Lobbyregister, die Auflistung von Interessenvertretern und Experten bei Gesetzesvorlagen, Verlängerung der Karenzzeit, Verschärfungen bis hin zum Verbot von Parteispenden und

Nebentätigkeiten, Transparenz von Lobbyismus bei Schulen, Forschung, Studien und anderen Einrichtungen.

– SPD

Dort ist von einem Vorgehen gegen Desinformationskampagnen auf EU-Ebene und einem wirksamen Transparenzrecht die Rede.

Forderungen

- aus der Bürgertagswahl 2021

Lobbyismus ist aufzuzeichnen und zu veröffentlichen: Gespräche von Abgeordneten mit Lobbyisten sind unter Strafandrohung ausnahmslos, vollumfänglich, in brauchbarer Qualität aufzuzeichnen und im Internet für jedermann zugänglich zu machen.

Unabhängige Medien: Medien sind die vierte Macht im Staate und dürfen nicht von mächtigen Finanz- oder Politikinteressen dominiert werden. Wir brauchen eine unabhängige, demokratische Instanz für Journalismus.

Parteispenden stark begrenzen: Spenden von natürlichen Personen an Parteien werden auf 5.000 € im Jahr begrenzt.

Kosten für externe Beraterfirmen stoppen: Externe Beraterfirmen, die offensichtliche und/oder hintergründig eigene wirtschaftliche Interessen verfolgen, dürfen in den Ministerien nicht mehr eingesetzt werden.

- aus der AG Demokratie (Basis-Kongreß 2021)

Im Allgemeinen ist Transparenz zwar sehr wichtig, allerdings ist fraglich, ob sich dadurch Folgen ableiten lassen. Welche Auswirkungen haben z.B. Reduzierung von Grenzwerten auf EU-Ebene durch Einfluss der Autolobby? Haben Parteispenden an Partei X von Lobbyisten Einfluss auf Wahlentscheidungen? In Zusammenhang mit der Maskenaffäre ermittelte die Generalstaatsanwaltschaft zwar wegen Vorteilszuwendung, Abgeordnetenbestechlichkeit und Steuerhinterziehung gegen Herr Nüßlein (CSU) und dieser legte daraufhin sein Amt als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU Fraktion nieder und er trat aus der CSU aus, aber die Landesregierung von NRW kaufte im April für über 40 Mio. Euro Masken bei der Firma Van Laack wo der Sohn von Armin Laschet als Influenzier arbeitet. Sowohl Herr Laschet als sein Sohn beteuerten zwar, dass beide keinerlei Gelder dafür bekommen haben, und dieses mag ja durchaus auch der Fall sein, einen Einfluss auf die Umfragewerte von Herr Laschet hat das aber scheinbar nicht und es ist auch nicht davon auszugehen, dass das nur darauf zurückzuführen ist, dass die Vorwürfe haltlos sind. Selbst wenn Transparenz also Zusammenhänge aufzeigt, hätte der Wähler nur die Möglichkeit eine andere Partei zu wählen oder, Herr Nüßlein war Direktkandidat, diesen nicht mehr zu wählen. Bei größerer erfolgreicher Lobbyarbeit wäre im Einzelfall vielleicht noch ein Protest auf der Straße möglich, aber sonst schafft Transparenz allein eben auch keine Abhilfe.

Wir fordern daher:

- Verpflichtendes Lobby- und Berater-Register ohne Untergrenzen und andere Ausnahmen.
- Bei Gesetzen Nennung der am Gesetz beteiligten Interessenverbänden und Experten („legislativer Fußabdruck“).
- Anhebung des Strafmaßes und Ausweitung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung.
- Eine starke Deckelung von Unternehmens- und Privatpenden.
- Strengere Regelungen für Nebentätigkeiten und Tätigkeiten vor und nach der Mandatszeit, sowie eine Karenzzeit von 3 Jahren.
- Einführung eines Entflechtungsrechts für das Bundeskartellamt

Zu Forderungen bezüglich Medien verweise ich auf den Vortrag von Joachim Elz-Fianda.

Links

– Parteiprogramme

[BTW 2021 Wahlprogramm - Alternative für Deutschland \(afd.de\)](https://afd.de)

[Wahlprogramm der Union \(ein-guter-plan-fuer-deutschland.de\)](https://ein-guter-plan-fuer-deutschland.de)

[Nie gab es mehr zu tun | FDP](https://www.fdp.de)

[Grünes Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN \(gruene.-de\)](https://www.gruene.de)

[Zeit zu handeln: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!: DIE LINKE. \(die-linke.de\)](https://www.die-linke.de)

[Programm \(spd.de\)](https://www.spd.de)

– Lobbyregister

[Deutscher Bundestag - Öffentliche Liste über die beim Bundestag registrierten Verbände \(Lobbyliste\)](https://www.bundestag.de)

[Register der Interessenvertreter \(europa.eu\)](https://www.europa.eu)

– Webseiten

[Das kritische Lobbyismus-Lexikon \(lobbypedia.de\)](https://www.lobbypedia.de)

[abgeordnetenwatch.de | Weil Transparenz Vertrauen schafft](https://www.abgeordnetenwatch.de)

[Startseite | Transparency International Deutschland e.V.](https://www.transparency-international.de)

Anmerkungen über die Diskussion nach dem Vortrag

Wie ich bereits schrieb, zweifelsohne ist eine Verschärfung der Transparenz wichtig, allein dass die Öffentlichkeit etwas weiß, heißt aber eben nicht, dass es irgendwelche Auswirkungen hat. Auch auf die Wahlentscheidung hat es kaum Folgen, wie man an der Union sieht. Wenn der Verband der Automobilindustrie hohe Summen spendet, werden dann weniger Autos gekauft? Wohl auch nicht. Transparenz allein ist also wichtig, hat aber allein nicht unbedingt Auswirkungen auf den Lobbyismus.

Eine Begrenzung auf natürliche Personen von Spenden halte ich, im Gegensatz zu den Linken, für wenig zielführend. Was ist denn, wenn irgendwo z.B. Harald Wilhelm eine größere Geldspende macht? Oder wenn dieser Harald Wilhelm z.B. bei dem legislativen Fußabdruck auftaucht? Wer ist Harald Wilhelm? Er ist im Vorstand von Mercedes-Benz. Siehe dazu auch [Deutscher Bundestag - Parteispenden über 50.000 € \(ab 1. Juli 2002\)](#) man müsste dort also eine Liste führen, in welcher Firma diese Einzelpersonen arbeiten, und woher will man dann wissen, ob der erwähnte Herr Wilhelm die Spende als Privatperson oder für Mercedes Benz gemacht hat? Dort fallen im Übrigen auch noch 2 andere Punkte auf. Die PARTEI erhielt im Juni 2021, 280 000€ (das war eine Sachspende in Form von FFP2 Masken), das dänische Kulturministerium unterstützt den südschleswigschen Wählerverband und Kleinstparteien wie die MLPD oder DKP tauchen da regelmäßig mit verhältnismäßig hohen Einzelspenden auf (teilweise auch durch Erbschaft). Allein die 3 von mir erwähnten Punkte liegen auch deutlich über den 25.000€ von Privatpersonen der Linken. Der Teufel steckt hier also im Detail. Ein entsprechendes Gesetz, wo es dann etliche Ausnahmen gibt, ist aber auch nicht zielführend.

Sicher ich eine Obergrenze für einzelne Parteispenden notwendig, die 25.000 erscheinen mir aber zu wenig, sieh auch oben erwähnte Beispiele. Lobby Control fordert hier 50.000 die Grünen 100.000€. Laut Lobby Control hat im Übrigen in den Jahren 2014 bis 2018 die Linke mehr Spenden von natürlichen Personen erhalten als die FDP von natürlichen Personen und Unternehmen zusammen. Im Übrigen tauchen einige Personen in der Liste der Parteispenden auch mehrfach auf.

Rechtliche aktuelle Situation. Zum einen gibt es verschiedene Obergrenzen ab wann was veröffentlicht werden muss, es gibt auch Einschränkungen wer spenden darf und es gibt Regeln für z.B. Rechenschaftsbericht. Zum anderen gibt es auch die staatliche Parteienfinanzierung, die sehr indirekt darauf Einfluss hat. Vereinfacht gesagt, bekommt jede Partei für jede Stimme einen bestimmten Cent Betrag (0,83 €) und 0,45€ je 1€ an Zuwendungen (es werden nur bis zu 3300€ je natürlich Person berücksichtigt) sobald sie mehr als 0,5% bei einer BT Wahl oder 1% bei einer Landtagswahl erreicht haben. Die absolute Obergrenze von Parteifinanzierung beträgt 100 Mio. pro Jahr (jährliche Erhöhung da ein Ausgleich mit dem Preisindex und der Durchschnittsgehälter stattfindet). Die Höhe dieser Parteifinanzierung darf die Summe der Einnahmen einer Partei nicht übersteigen. Lange Rede, kurzer Sinn. Die oben erwähnten 280000 für die PARTEI bedeutet also, dass die anderen Parteien weniger bekommen. Vielleicht wäre das auch ein Weg?

Hohe Parteispenden = weniger Parteienfinanzierung und mehr Geld für die anderen Parteien? Zum Thema Parteispenden, und mögliche Höhen, besteht also Diskussionsbedarf. Ich werde die Forderung also erstmal etwas undefiniert stehen lassen.

(Ende des Referats)

D. Potenziale des Themas Demokratie für Aufstehen

(August 2021)

(bearbeitete und etwas ergänzte Fassung des am 07.8.21 gehaltenen Vortrags:)

[HINWEIS: für ein schnelleres Durchlesen sind v.a. alle grün markierten Stellen gedacht!]

1. Einleitung

„Demokratie im Digitalen Zeitalter“ ist der eigentliche Denkraum für dieses Thema, was dann u.a. auch Bereiche wie die Digitalisierung der Verwaltungen einschließt. Der erweiterte Denkraum soll hier v.a. auf den epochalen Charakter unserer neuen Gegenwart und auf die Breite der insgesamt darunter zu behandelnden Themen hinweisen. - **Um von einer Digitalisierung der Demokratie im weiteren Sinne zu einer Digitalen Demokratie im engeren Sinne zu kommen, ist es sicher noch ein weiter Weg.** Entgegen meiner ursprünglichen Absicht werde ich daher heute auf letzteres Thema, also Digitale Demokratie im engeren Sinne, nicht weiter eingehen, verweise dazu aber schon mal auf die Bücherliste in der späteren Textversion meines Referats. - **Auf welche Bereiche wir uns aus meiner Sicht sinnvollerweise im Moment stattdessen konzentrieren können und sollten, will ich in den nächsten Minuten erläutern.**

Ich bitte dabei zu beachten, dass dies keine wissenschaftliche Abhandlung werden soll, sondern dass ich als Freidenker und politischer Quereinsteiger mit heute 62 Jahren - erst in den letzten drei Jahren bei Aufstehen politisch aktiv - v.a. Diskussionsimpulse geben und Wachstumsmöglichkeiten für unsere Sammlungsbewegung aufzeigen will. Deshalb habe ich dieses Referat m.o.w. in Form eines persönlichen Berichts meiner themenbezogenen Denkontwicklungen bei Aufstehen verfasst.

Der innere Hauptimpuls, der mich im September 2018 dazu gebracht hat mich bei Aufstehen zu engagieren, lautete damals und lautet heute noch wie folgt: **Seit Sommer 2013 wissen wir dank dem jungen US-Amerikaner Edward Snowden, dass sich die Vorzeichen für unsere Demokratie durch die neuen technischen Möglichkeiten eines modernen Überwachungsstaates gewaltig verändert haben.** Das demokratische „Gesamtspielfeld“ zwischen Politik und Bevölkerung gerät dadurch zunehmend in eine sehr besorgniserregende Schiefelage, die weltweit für den Fortbestand von Demokratien bedrohlich ist. **Da dachte ich mir, eine Sammlungsbewegung wie Aufstehen ist vielleicht die beste und einzige Möglichkeit gegen diese neu entstandene, wirklich krasse Schiefelage wirkungsvoll und dauerhaft etwas zu unternehmen.** - **Sahra Wagenknecht** schrieb in ihren Gründungsaufruf für die Sammlungsbewegung Aufstehen ja auch die Forderungen hinein: „Demokratie retten“! und „direkte Demokratie ermöglichen“! (S.4 oben) - Mein nächster Gedanke war dann, gleich zu Beginn von Aufstehen: Wenn es uns mit Aufstehen gelingen könnte auch auf die aus der Bevölkerung lauter gewordenen Rufe nach mehr Bürgerbeteiligung („über Kreuzchen auf dem Wahlzettel alle vier Jahre hinaus“) zu reagieren und an Konzepten zu arbeiten, die vorbereitend sein können für eine langfristige Institutionalisierung von neuen analogen und möglicherweise auch neuen digitalen Bürgerbeteiligungsformaten, dann täten wir etwas Sinnvolles für eine zeitgemäße Befestigung unserer Demokratie - insbesondere für die jüngeren und nachfolgenden Generationen! -, und wir könnten gleichzeitig Sahra Wagenknecht damit (hoffentlich) ein Denkmal setzen für ihren historisch bedeutsamen Gründungsaufruf zu einer Sammlungsbewegung, die möglichst alle progressiven Kräfte im Lande unter aktuellen Themenüberschriften zu bündeln vermag.

2. Exkurs auf die EU-Ebene (als Beispiel für benötigte demokratische Top-Down-Prozesse)

Zur besseren Erfassung des heute gegebenen Kontextes für solch einen Ansatz ist es natürlich hilfreich zu wissen, welche Fragen und Probleme aktuell auf der Ebene der EU diskutiert werden.

Vor wenigen Wochen, am 28.6.21, hatten ich und über 2.000 andere Teilnehmer*innen in einem Webinar von Sven Giegold mit u.a. Frau Prof. Shoshana Zuboff, Max Schrems und Jan Philipp Albrecht als Gastredner die Gelegenheit uns ein Bild von der aktuellen Lage auf EU-Ebene zu machen. Titel der Veranstaltung: „Der Überwachungskapitalismus – Wie wir die Kontrolle über unsere Daten zurückbekommen“ (Link zur deutschen Version, Gesamtdauer: ca. 2,5 Std.: s.u. in der Link- und Bücher-Liste). Frau Zuboff hielt als erste Rednerin knapp eine Stunde lang ein flammendes Plädoyer für eine „demokratische Konterrevolution“, die jetzt passieren müsse, nicht erst in 20-30 Jahren, und sie hofft dabei sehr auf entsprechende Bewegung(en) in der EU! - Danach ging es u.a. um Umsetzungsprobleme mit der 2016 gestarteten DSGVO und die ab Herbst im EP zu diskutierenden Gesetzesvorlagen DSA und DMA, die wohl auch den bisher entstandenen Problemen mit der DSGVO entgegenwirken sollen. Das Kernproblem scheint zu sein, dass die amerikanischen Datenkonzerne sich bisher stur weigern, ihren „mindset“/ihre Geisteshaltung zu ändern und sich an die DSGVO-Regeln, die für Europa inzwischen Vorschrift sind, zu halten. Darüber hinaus beschäftigen sie für Unsummen an Geld ein ganzes Heer von Rechtsanwälten, die jede Schwachstelle in den Formulierungen der Gesetzestexte auszunutzen versuchen.

Des Weiteren wurde in dieser Videokonferenz beklagt, dass entgegen dem ansonsten in der EU weit verbreiteten kritischen Verbraucherbewußtsein bisher nur ca. 3% aller Verbraucher*innen die inzwischen üblichen sogenannten Cookie-Banner, die z.B. bei der Auswahl von Zeitungsartikeln im Netz auftauchen, kritisch durchlesen und unerwünschte Datenverwendungszwecke wegklicken. - Es gibt also auch für uns bei Aufstehen nach außen hin viel Aufklärungsarbeit zu leisten, damit eine gewisse „kritische Masse“ in der Bevölkerung erreicht werden kann und der Druck auf die Datenkonzerne sich ausreichend (!) erhöht! Diese „kritische Masse“ mithelfen zu erreichen war m.o.w. die Hauptbotschaft zur allgemeinen Verbreitung an die Teilnehmer*innen, die von diesem Webinar ausging.

Das Thema **Besitzanrecht und Verwendungshoheit der Bürger*innen auf die eigenen im Web produzierten Daten** war vor dem Hintergrund des deutschen Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und der europäischen Herleitung und Übernahme dieses deutschen Prinzips aus Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention ein ständiges Hintergrundthema dieses Webinars, wie im Titel der Sendung ja auch schon angekündigt.

(Zitat www.datenschutz-wiki.de: „Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung leitet sich nach Ansicht des Europäischen Parlamentes auch aus Artikel 8.1 der Europäischen Menschenrechtskonvention ab: ‘Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- u. Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz.’ Aufbauend auf dieser Begründung hatte das EU-Parlament gegen die EU-Kommission Klage erhoben, weil die verbindliche Speicherung der Verkehrsdaten der EU-Bürger gegen diese Regelung verstoße.“)

Da sich die europäische Denkweise in diesem Punkt wesentlich von der US-amerikanischen Sichtweise unterscheidet macht es trotz bereits bestehendem Recht und Gesetz Sinn, dass wir als Bevölkerung sowohl den Besitz als auch die Hoheit über die Verwendung der eigenen Daten (z.B. durch eine Vereinheitlichung der Cookie-Banner..) aktiv und lautstark genug auch auf Demonstrationen immer wieder einfordern, gerade im Rahmen einer Sammlungsbewegung wie Aufstehen!

Soviel zunächst zur „top-down“ arbeitenden EU-Ebene. Im Folgenden konzentriere ich mich auf die „Bottom-up-Prozesse“, d.h. was wir als politische Aktivist*innen für die Demokratie als solche an der Basis insgesamt tun können auch jenseits von digitalen Aspekten, und wie wir bei Aufstehen dieses Thema zu einem unserer Alleinstellungsmerkmale ausbauen können und sollten.

3. Unsere Handlungsmöglichkeiten als Bürger*innen (= demokratisch ebenso benötigte Bottom-Up-Prozesse!)

Ausgehend davon, dass „Top-down-Prozesse“ selbst in Demokratien vorgesehen und nötig sind, und sicher oft mit guten bis sehr guten Absichten entwickelt werden (s. Bsp. DSGVO), stellt sich die Frage, wenn allein schon aus rein praktischen Gründen „die Macht“ nicht täglich „vom Volke ausgehen“ kann, welche basisdemokratischen „Bottom-up-Prozesse“ inhaltlicher Art sind denn dann wenigstens in unserer heutigen Demokratie bereits möglich und welche ggf. zusätzlichen Möglichkeiten braucht unsere Demokratie-Basis - also die Bevölkerung - um sich gegen einen inzwischen mit technischer Allmacht ausgestatteten Überwachungsstaat notfalls besser zur Wehr setzen zu können?

Bisher gibt es v.a. folgende Instrumente für eine inhaltliche Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Diskursen, die bereits heute eingespielte demokratische Praxis sind:

→ das Versammlungs- und Demonstrationsrecht (Grundgesetz, Artikel 8), → Briefe schreiben an Abgeordnete, → das Petitionsrecht, → das bereits bestehende deutsche Volksgesetzgebungsverfahren in drei Stufen (Volksinitiative, -begehren und -entscheid).

An neuen Verfahren, die heutzutage bereits ausprobiert werden, wären zu nennen:

→ Bürgerräte, die „analog“, also als Live-Begegnungen stattfinden (m.W. zuerst in Irland, dann in Frankreich als Reaktion Macrons auf die Gelbwesten-Bewegung und jetzt auch bei uns: s. ‚Mehr Demokratie e.V.‘), und:
→ Experimente mit **digitalen** Meinungsbildungs-Tools, so wie wir dies vor einigen Wochen bei der ‚Bürgertagswahl‘ des Aufstehen-Trägervereins selber miterleben konnten.

Ich will in diesem Referat keines der o.g. Verfahren detaillierter analysieren und auch keine generellen Bewertungen zu diesen verschiedenen Verfahren abgeben sondern will mich stattdessen ausschließlich auf die Frage fokussieren: **Bieten all diese bestehenden Beteiligungswege ausreichenden Schutz und ausreichend schnelle Reaktionsmöglichkeiten auf je nach Regierungswechseln eventuell zu befürchtenden Übergriffigkeiten des Staates gegen das grundgesetzliche Recht auf freie Meinungsäußerung in Einzelfällen?**

Meine Politikbeobachtung in den letzten Jahren und meine allg. Lebenserfahrung sagen mir, dass es wohl in allen im Bundestag vertretenen Parteien genauso wie in der Bevölkerung doch immer wieder - und gar nicht so wenige - zweifelhafte „Charaktere“ gibt, die im Falle einer Regierungsbeteiligung als Abgeordnete im Bundestag keine oder nur wenig Bauchschmerzen damit haben würden historisch mühsamst(!) über Jahrhunderte und Weltkriege hinweg erkämpfte und nunmehr im Grundgesetz fest und an vorrangiger Stelle verankerte Menschen- und Bürgerrechte genauso geschichts-vergessen, gewissenlos und leichtfertig wie ein Orban oder ein Bolsonaro über Bord zu werfen. **Bei den Gegebenheiten des menschlichen Herdentriebes, immer noch vorhandenem Untertanengeist und in der Folge Ängstlichkeits- bzw. Hasenfüßigkeitstendenzen (gerade in Deutschland..) sowie den gegebenen Fraktionsunterordnungs-Zwängen und -Gewohnheiten als Berufsalltag der Abgeordneten im Bundestag ist es daher immer möglich, daß relativ schnell auch Mehrheiten in demokratie-feindlicher Richtung sich bilden könnten.**

Vor diesem gedanklichen Hintergrund sehe ich unseren Schutz wie auch unsere Reaktionsmöglichkeiten auf selbst hierzulande zukunftsbezogen nicht 100% auszuschließenden staatlichen Machtmissbrauch durch keines der vorhandenen oder der bekannten neuen Bürgerbeteiligungsinstrumente in ausreichendem Maße gegeben. - Daher bin ich zu der Überzeugung gekommen, dass die krasse, vorher nie dagewesene Machtasymmetrie, die ein moderner Überwachungsstaat durch die (potenziell fatale!) Ausrichtung der technischen Entwicklungen in den letzten 20 Jahre seit „9/11“ bedeutet, Anlass genug sein sollte für die Bevölkerung einen Ausgleich zumindest zur Wiederherstellung der vormals gegebenen Art einer gewissen demokratischen „Machtbalance“ einzufordern! - Es geht mir dabei überhaupt nicht darum unsere gegenwärtigen Politiker*innen schlechtzureden – mein Respekt vor ihnen ist i.d.l. Jahren größtenteils eher gewachsen als geschrumpft! - sondern darum, ausreichende Vorkehrungen zu treffen, dass künftige deutsche Regierungen nicht in der gleichen Weise auf antidemokratische Abwege geraten, wie dies aktuell in Polen und Ungarn schon der Fall ist (s. als besonders abschreckendes Überwachungs-Beispiel den Einsatz der israelischen **Pegasus**-Software in Ungarn, wie unlängst bekannt wurde!..)

Als Haupt-Lösungsidee dazu ist mir ein zusätzliches Verfahren zur Weiterentwicklung und Festigung unserer tatsächlich bislang vergleichsweise immer noch „besonders wertvollen“ Demokratie in den Sinn gekommen und zwar die Idee einer basisdemokratischen Selbstorganisation der demokratisch interessierten Bevölkerungsteile durch Nutzung des Vereinsrechts. In diesem Rahmen könnten auch frei von politischen top-down-Vorgaben basisdemokratische Meinungsbildungsprozesse über einen längeren Zeitraum, sprich möglichst dauerhaft in den verschiedensten Varianten ausprobiert und hoffentlich eines Tages in den dann erfahrungsbasiert besten Varianten fest institutionalisiert und in das bestehende Parteiensystem integriert werden. - Anders gesagt: Man könnte tatsächlich von so etwas wie einer Art „**institutionalisierter APO**“ sprechen, wie neulich jemand aus unserer AG diesen Denkansatz richtig interpretiert hat.

(Anmerkung und Ergänzung: Auf Wunsch eines Kongressteilnehmers erwähne ich in diesem Dokument, dass auch aufstehen-intern sich entwickelnde und z.T. gewünschte „Systemsturz-“ und Systemwechsel-Vorschläge im Rahmen von Aufstehen weiter zu bearbeiten sind, was ich grundsätzlich für legitim und für unser politisches Denken belebend halte. Gleichzeitig möchte ich auf diesen Wunsch hin aber auch noch einmal klar betonen, dass mich derzeit Reformanstrengungen innerhalb unseres gegenwärtigen Systems - schon aus prinzipiellen Gründen des aktuellen weltweiten Systemwettbewerbs – weit mehr beschäftigen als sicherlich Jahrzehnte für Implementierung und Feinjustierung benötigende größere Systemveränderungen. Geeignete Reformen des Bestehenden sehe ich persönlich daher letztlich auch als aussichtsreicher an für unsere Bewegung, bin aber generell offen für Neues und gespannt darauf in einem angestrebten „fairen Wettbewerb der Ideen“ bei Aufstehen auch andere Ansätze gemeinsam weiter zu reflektieren...)

Bei stabil erhaltenem Wohlwollen untereinander können wir über alle uns interessierenden Themen und Fragen nach der BT-Wahl am 26.9.21 im Rahmen von Aufstehen angeregt weiterdiskutieren, weil dieser Prozess selbst schon einen wesentlichen Teil unserer über den Wahltag hinausgehenden, nach außen kommunizierten Daseinsberechtigung (als Alleinstellungsmerkmal) ausmachen könnte und zwar bereits vor(!..) und unabhängig(!..) von allen konkreten Forderungen, die wir zu einzelnen konkreten Politikfeldern weitergehend im Laufe der Zeit noch entwickeln!..

4. Sinnvolle, demokratie-festigende Aufgaben, die eine Selbstorganisation der demokratischen Bevölkerungsbasis erfüllen könnte:

a) – ein aktiver Dienst von Aufstehen für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft (gedankliche Annäherungsbrücken formulieren, Schaffung von geeigneten Begegnungsmöglichkeiten zur Entwicklung von mehr Empathie und zur allmählichen Überwindung von Vorurteilen gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen). Dazu zählen insbesondere die bekannten „neuralgischen Zonen“ einer oft unzureichenden Verständigung zwischen Jung und Alt, Stadt und Land, Arm und Reich, Ost und West, gebildeteren und weniger gebildeten Schichten, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und nicht zuletzt ein verbesserter Austausch und gemeinsame Positions-(weiter)entwicklungen zwischen den traditionell streitlustigen bis streitsüchtigen Anhängern der generellen thematischen Ausrichtungen der progressiven Parteien in unserem Land! - Diese Ziele erscheinen einzeln und umso mehr alle zusammengenommen nur sehr schwer erreichbar zu sein. Da sie jedoch zur Erhaltung (Rettung!..) der Demokratie unausweichlich sind, sollten sie von Aufstehen (m.E. unbedingt) gezielt angegangen werden. - Wesentlich leichter kann der Zugang zu diesen Aufgaben gelingen, wenn alle sich bewusst machen, dass man diese Aufgaben jeweils mit kleinen Gruppen beginnt, am besten bestehend aus Personen, die einen starken lebensgeschichtlichen Bezug und ein besonders ausgeprägtes Interesse an einer gesellschaftlich verbreiteten Überbrückung für mindestens eines der o.g. Gegensatzpaare haben. Und solche Menschen gibt es zu all den genannten Gegensatzpaaren. Man muss sie nur suchen und finden (wollen)! ...

b) - **politische Einbindung der stark gewachsenen Anzahl parteien-verdrossener/parteien-kritischer Menschen im Land** - Ich erinnere hier noch einmal daran, dass in der Anfangszeit von Aufstehen Aussagen kursierten, dass ca. 85% der ursprünglich 170.000 Aufstehen-Interessent*innen sog. „Parteilose“ waren, womit vermutlich Menschen ohne registrierte Mitgliedschaft in einer Partei gemeint sind. (Wenn das so ist, wäre zusätzlich von Interesse, ob in diesem Zusammenhang nur die im Bundestag vertretenen Parteien erfasst wurden. Ich tippe mal ja, wodurch der Anteil parteien-verdrossener Aufstehen-Interessent*innen dann geringfügig oder u.U. auch erheblich niedriger gewesen sein könnte als 85%.)

c) - **Einführung der angelsächsischen Debattenkultur-Tradition in Deutschland** und die Entwicklung spezieller Formate mit ähnlicher Zielsetzung wie bei den „**Braver Angels**“-Debatten in den USA (s.u. im Linkverzeichnis!)

d) - **Das Herausbilden bzw. Herausfiltern von neuen politischen Talenten**, eine Talent-suche nach Politiker*innen mit tief und früh verinnerlichtem demokratischen Ethos ausgehend von der demokratischen Basis selbst! (→ s.a. Politikfelder ‚Bildung‘ und ‚Jugend‘)

e) - **Durch In-Angriff-nehmen einer oder mehrerer der unter a)-d) genannten Aufgaben** wäre das Ursprungsanliegen einer gemeinsam zu suchenden, legitimen demokratischen **Abwehr gegen möglichen Machtmissbrauch durch den Überwachungsstaat automatisch** und von Anfang an **ein entscheidendes Stück weit mit abgesichert**. (Shoshana Zuboff sprach ja von „demokratischer Konterrevolution“ in irgendeiner Form...)

f) - Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang ist auch der für Demokratien m.E. überlebens(!)-notwendige **Schutz von** insbes. demokratisch ausgerichtetem **Freidenkertum**, ohne welches es nicht die nötigen Innovationen geben kann, die uns helfen müssen, die Herausforderungen dieses Jahrhunderts - auch für die Demokratien dieser Welt als solche - besser oder überhaupt zu bestehen. **Auch für die dringend benötigte Funktion einer Anlaufstelle und eines anschließend ausreichenden Schutzes für Freidenker*innen wäre im Rahmen einer basisdemokratischen Selbstorganisation allein schon unser weiterer Zusammenhalt(!) die sprichwörtliche „halbe Miete“.** Man mache sich dies bitte gut genug klar!

5. Das Ausarbeiten konkreter Ziele und Wegentscheidungen zu diesen dann selbst gesteckten Zielen können nur gemeinsam angegangen und getragen werden!

Lasst uns nach der BT-Wahl in diesem Jahr gemeinsam Wege und Möglichkeiten ernsthaft ausloten, wie wir diesen Ansatz in Rücksprachen mit Expert*innen in Wissenschaft, Kultur und Medien weiter ausbauen können! - M.E. würde es sich für Aufstehen insgesamt sehr lohnen, solch einen Demokratie-Experimentierfeld-Ansatz als ansonsten inhaltsneutralen Rahmen für unser Selbstverständnis und unsere Außendarstellung zu übernehmen und zu nutzen. Dabei stufe ich eine „aktive Demokratie-Baustelle“ bei Aufstehen in dem von mir in diesem Referat beschriebenen Sinne als prinzipiell gleichrangig bedeutend ein wie unsere 3-4 wichtigsten anderen auf diesem Kongress präsentierten Aushängeschilder und Vorhaben für Aufstehen insbesondere in den Bereichen Wirtschaft/Gemeinwohlökonomie, Soziales und Klimaschutz/globale Verantwortung.

6. Zur Frage: Wie mit dem von mir heute dargestellten Themenfeld seitens Aufstehen im BT-Wahlkampf 2021 umgehen?

Der hier dargestellte Ansatz befindet sich erst im Entwurfsstadium und ist daher vielleicht noch nicht ausgereift genug, um Teil des BT-Wahlkampfes im Jahre 2021 zu werden. (... oder evtl. doch?)

Jedenfalls fände ich es toll und angemessen, wenn unser heutiger Basis-Kongress insgesamt dazu dienen könnte, auch schon vor der Wahl zumindest ein gewisses „progressives Gesäusel“ im Land wiederzubeleben, wie es das in unserem Land in den 1960er- bis spätestens Anfang der 1990er-Jahren durchgehend gab. - Mit anderen Worten: ich würde mich sehr freuen, wenn andere Aufsteher*innen auch ein paar inhaltliche Botschaften aus diesem Vortrag mit aufnehmen in den Pool unserer basis-eigenen, interessanten „hot news“, die sie in den kommenden Wochen vor der BT-Wahl in ihren Kreisen gerne weiter-sagen bzw. per Mail verbreiten wollen...

Hierzu kann hoffentlich die kurze Zusammenfassung der wichtigsten Thesen dieses Referats dienen, mit denen ich meinen Redebeitrag heute abschließen möchte:

7. Eine Zusammenfassung der Kerninhalte dieses Referats, m.o.w. als Merksätze angelegt:

1 → **Alleinstellungsmerkmale:** Wir können und sollten als Aufstehen-Projekt stärker das Thema Demokratie nutzen und zwar durch sehr gut für uns brauchbare Alleinstellungsmerkmale !

2 → **Zusammenhalt:** Aufstehen sollte es sich u.a. zur Aufgabe machen an wichtigen Stellen („neuralgischen Punkten“) dauerhaft etwas für den gesellschaftlichen, demokratischen Zusammenhalt zu tun!

3 → **einen Ausgleich für das neue Ungleichgewicht durch den Überwachungsstaat einfordern:** Wir sollten m.E. einen Ausgleich an (basis-)demokratischen Werkzeugen einfordern für die durch den technisch gegebenen Überwachungsstaat neu entstandene Machtungleichheit zwischen Politik und Bevölkerung zuungunsten der letzteren. (Noch ein paar Anmerkungen dazu: Sobald wir laut sagen, dass Aufstehen ein Zusammenschluss progressiver Kräfte ist, die auch etwas gegen die Machtasymmetrie des Überwachungsstaates unternehmen wollen, könnte uns das sicher mediale Aufmerksamkeit und einen

allgemeinen Interesse-Zuwachs für Aufstehen beschere, weil eine vorsichtige und kontinuierliche Weiterbearbeitung der gerade benannten Thesen 2 und 3 Aufstehen sogar einen Platz in den Geschichtsbüchern einbringen könnte: ja, soviel Potenzial hat dieses Thema m.M.n., vorausgesetzt dass wir richtig, d.h. ausreichend behutsam und allseits respektvoll weiter vorgehen! Ich hoffe Euch im Laufe der Zeit immer mehr davon überzeugen zu können... - Meinen eigenen Input dazu möchte ich Aufstehen als Sammlungsbe-
wegung schenken, möglichst selber nach außen hin anonym bleibend, Begründung: Der Denkansatz, den ich unserer Bewegung anbieten kann, ist zwar aus meiner Sicht inter-
essant, aber letztlich bislang nur auf wenigen, simplen Gedanken aufgebaut, die so oder so ähnlich, genauso natürlich und gut von jeder und jedem anderen in der Bewegung hät-
ten stammen können!...)

4 → **Unsere Demokratie benötigt mehr Fundament, um sie in die Zukunft zu retten!** Eine basisdemokratische Selbstorganisation unter Nutzung der Möglichkeiten des Vereins-
rechts könnte und sollte daher zu einer **neuartigen demokratie-festigenden Institution** **ausgebaut werden**. - Welche bessere Abwehrchance gegen mögliche antidemokratische
Politik-Entwicklungen haben wir denn prinzipiell außer einer Intensivierung des Ausauschs
und aktiver Förderung des Zusammenhalts in der Bevölkerung?? Auf andere Vorschläge
zur Erreichung desselben Zieles – ggf. **auf dem Wege einer Digitalen Demokratie** - bleibe
ich einstweilen gespannt und neugierig. Auch diese werden sich aber nicht allein durch
passives Zuwarten ergeben. **Sowohl S. Zuboff als auch C. Crouch verstehen die Einrich-
tung neuer Institutionen als den traditionellen Weg zur Lösung von Demokratieproblemen.**
Es wäre für Deutschland vorteilhaft sich dieses Demokratieverständnis auch anzueignen !

5 → **Eine friedliche und fruchtbare Zusammenarbeit unsererseits mit dem Trägerverein ist**
besonders aus meiner, das bisherige politische System lediglich reformieren wollenden
Sicht **sehr anstrebenswert**, damit Aufstehen über den September 2021 hinaus eine ge-
meinsame, demokratie-förderliche Perspektive entwickeln kann. Die von mir angesproche-
nen, neuen Ziele benötigen ohnehin eine längere Zeitspanne als nur eine Wahlperiode...

... Deshalb:

„Lasst uns nach der BT-Wahl in diesem Jahr das Aufstehen-Projekt gemeinsam fortsetzen
und weiter friedlich und konstruktiv zusammenarbeiten!“

„Demokratie braucht *aufstehen!*“

**Nachtrag EILMELDUNG, 07.9.21: Heute wurde bekannt, daß das BKA die o.g. israeli-
sche Pegasus-Software eingekauft hat. Seit März '21 ist das Smartphone-Programm
in Deutschland bereits teilweise im Einsatz !!! - Diese Horror-Meldung wird hoffent-
lich am 26.9. bei der BT-Wahl zu noch mehr Stimmenverlusten der „Weiter so“-Par-
teien führen. => Sorgen wir als MULTIPLIKATOREN mit dafür, daß es so kommt !! ;-)**

8. Link- und Bücher-Liste als Einstiegs-Lesestoff

für Themeninteressierte:

Links:

- zum S.Giegold-Webinar vom 28.6.2021: „Überwachungskapitalismus – Wie wir die Kontrolle über unsere Daten zurückbekommen“: <https://www.youtube.com/watch?v=d8B-GuDKlmkQ&t=0s>
- <https://www.grundrechtenschutz.de/gg/recht-auf-informationelle-selbstbestimmung-272#einschrnkung-des-rechts-auf-informationelle-selbstbestimmung>
- "Die Macht der Plattformen": Wer reguliert die Regulierer?
<https://www.zeit.de/digital/2021-07/die-macht-der-plattformen-michael-seeman-buch-rezension-felix-stalder>
- **Braver Angels – Debatten**: <https://www.derstandard.at/story/2000121023569/us-blog-braver-angels-die-letzten-verfechter-der-amerikanischen-einheit>
- **Albrecht Müller** am 02.8.2021: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=74796>
- zu **Ferdinand von Schirachs** **Forderung für sechs neue Artikel zur Ergänzung der EU-Grundrechte**: <https://www.zdf.de/nachrichten/video/panorama-schirach-jedermensch-100.html>

Bücher:

(bzw. einzelne Auszüge, sortiert nach subjektiver, direkter Relevanz für dieses Referat)

Colin Crouch (2019), „Postdemokratie nach der Krise“, in: Thomas Hartmann, Jochen Dahm, Frank Decker (Hg.), *Die Zukunft der Demokratie – Erkämpft. Verteidigt. Gefährdet?*, Bonn, S. 96-107. (Seite 104 entspricht voll dem Ansatz dieses Referats: vgl. S.20u.!)

Alexander Thiele (2019), *Der gefräßige Leviathan*, Tübingen, (→ insbes. S. 323-325: „Ausblick“).

Thomas Wagner (2017), *Das Netz in unsere Hand – Vom Digitalen Kapitalismus zur Datendemokratie*, Köln.

Georg Dietz, Emanuel Heisenberg (2020), *Power to the People – Wie wir mit Technologie die Demokratie neu erfinden*, Berlin.

Daniel Graf, Maximilian Stern (2018), *Agenda für eine Digitale Demokratie – Chancen, Gefahren, Szenarien*, Zürich.

Rolf Gössner (2021), *Datenkraken im Öffentlichen Dienst - „Laudatio“ auf den präventiven Sicherheits- und Überwachungsstaat*, Köln.

Emanuel Richter (2020), *Seniorenendemokratie – Die Überalterung der Gesellschaft und ihre Folgen für die Politik*, Berlin.

Volker Gerhardt (2007), *Partizipation – Das Prinzip der Politik*, München.

----- // -----